

## Protokoll

### 1. Netzwerktreffen der Städte des Praxisnetzwerks aus dem Verbundprojekt „Zuwanderer in der Stadt“

am 22. März 2007, 11 – 17 Uhr im Alten Literaturhaus, Frankfurt a. M.

#### Teilnehmer:

Till Heidtmann  
Iris Kaplan-Mays  
Andreas Kapphan  
Gudrun Kirchhoff  
Hans Klump  
Fabian Kraus  
Christoph Kulenkampff  
Helga Nagel  
Claus Preißler  
Henning Schirner  
Hans-Joachim Schlößl  
Ulla-Kristina Schuleri-Hartje  
Walter Siebel  
Erika Spiegel  
Uschi Sorg  
Gereon Visse  
Angelika Dworzak-Wannemacher  
Attila Yergök

#### TOP 1 - Diskussion über die Ziele und Aufgaben des Praxisnetzwerkes in 2007

In 2007 sollen als Erfahrungsaustausch der Städte des Praxisnetzwerkes noch 3 Workshops stattfinden. Dabei soll der Netzwerkcharakter im Vordergrund stehen. Schwerpunkt soll die gemeinsame Diskussion von ausgewählten Themen mit Akteuren guter Praxisbeispiele vor Ort sein. Herr Siebel regt die Öffnung des Netzwerks für weitere Städte an, die themenbezogen als Gäste eingeladen werden könnten, soweit beispielhafte Projekte in den Städten durchgeführt werden, die von allgemeinem Interesse sind.

1. Der **erste Workshop**, der das Thema „**Interkulturelle Öffnung der Verwaltung**“ behandeln soll, wird am 19.-20. Juni in München im Amt für Wohnen und Migration stattfinden.

Dr. Hubertus Schröer vom Institut für interkulturelle Qualitätsentwicklung München wird ein Inputreferat als externer Experte beisteuern.

Dieses Themenfeld bildet einen Querschnitt verschiedener kommunaler Problemfelder.

Davon ausgehend können je nach Relevanz und Aktualität speziellere Fragestellungen angegangen werden. Die Städte werden gebeten, bis spätestens 4 Wochen vor diesem Termin vorhandene Materialien (Beschlussvorlagen, Verfügungen etc.) zum Thema zu sichten und an die Geschäftsstelle der Schader-Stiftung zur Verteilung zu senden.

## 2. Thema des **zweiten Erfahrungsaustauschs** wird die „**Partizipation von Migranten und die Kooperation mit Migrantenorganisationen**“ sein.

Herr Visse aus Hannover bietet seine Stadt als Austragungsort an. Da in der Woche vom 24.-28. September 2007 die interkulturelle Woche stattfindet und die Wanderausstellung des Zuwanderer-Projektes am 25. September eröffnet wird, bietet sich zwecks Öffentlichkeit der 24. September an, der eventuell mit einer Podiumsdiskussion am Abend beschlossen werden kann. Genauere Informationen zur Planung demnächst durch Herrn Visse.

Diskutiert wurde das Thema unter den Aspekten:

### *a. Unterstützung von Migranten-Selbstorganisationen*

Wie regt man die Bildung von Selbstorganisationen an? Wie kann man bestehende in ihren ehrenamtlichen Tätigkeiten unterstützen, die auch immer öfter Integrationsarbeit umfasst?

### *b. Probleme des Zugangs zu Migranten und deren Organisationen*

Wie kann man Migranten-Selbstorganisationen mit in die Verantwortung der Integrationsarbeit nehmen? Wie kann man verhindern, dass diese Organisationen durch starke Binnen-Orientierung Segregation noch verstärken? Wie erreicht man die Nicht-Organisierten?

### *c. Partizipationsverfahren*

Warum ist die Beteiligung von Migranten an kommunalen Entwicklungsprozessen so gering? Warum tauchen sie bzw. Deutsche mit Migrationshintergrund so wenig in kommunaler Verwaltung und Politik auf? In diesem Kontext sei auch das kommunale Wahlrecht für Ausländer zu diskutieren.

3. Für den **dritten Workshop** kam das Thema „**Praktische Folgen der Sozialisationsbedingungen von Migranten**“ ins Gespräch. Ausgangspunkt ist vor allem die Situation junger Männer mit Migrationshintergrund, die als stark benachteiligte Gruppe wahrgenommen werden und mit ihrem Rollenverständnis ein großes Problemfeld darstellen. Dem stehen bisher keine Konzepte oder Projekte gegenüber, die sich speziell um die Aufarbeitung dieses Rollenverständnisses bemühen.

Zu allen drei Themen werden die Städte gebeten, ausgehend von der jeweiligen kommunalen Situation, Fragestellungen zu bilden, die das Thema vorstrukturieren. Diese sind dann

an die Schader-Stiftung zu schicken, die damit ein thematisches Konzept der jeweiligen Workshops erstellt.

## **TOP 2 – Integrationsmonitoring: Stand der Verfahren in den Städten**

### 1. Frankfurt a. Main

Für Frankfurt stellte **Helga Nagel**, Leiterin des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten (Amka), den Verfahrensstand des Integrationsmonitoring vor. Zurzeit gibt es eine jährliche Integrationsberichterstattung über Maßnahmen und Tätigkeiten des Amka. Das Amka arbeitet an einem Konzept für eine neue Integrationsberichterstattung. Das Monitoring soll anhand der Indikatoren des KGSt-Innovationszirkels erfolgen und als Längsschnittanalyse angelegt sein. Neben der Erfassung aller Maßnahmen seien Einzelstudien und wissenschaftliche Expertisen notwendig, z.B. zu folgenden Themen: Zugang von Migranten zum Arbeitsmarkt, Situation benachteiligter Quartiere, junge Männer mit Migrationshintergrund etc. Notwendig sei eine ressortübergreifende Planungsgruppe und die Koppelung mit der Sozialberichterstattung. Ein Sozialraummonitoring ist in Diskussion.

Frankfurt nimmt am KGSt-Innovationszirkel „Wirkungsmessung in der Integrationsarbeit“ teil. Im Innovationszirkel beteiligen sich neben den Integrationsbeauftragten der Kommunen Kolleginnen und Kollegen aus der Statistik und als ständige Gäste Vertreter der Bundesbeauftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration und des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge sowie Experten aus der Wissenschaft. Ziele sind eine Vereinheitlichung der Indikatoren und die anwendungsorientierte Entwicklung von Standards beim Integrationsmonitoring. Infolge des Projekts wurden Einzelmaßnahmen zur Integrationspolitik katalogisiert und evaluiert, sowie vertiefende Einzelstudien erstellt.

Frankfurt ist darüber hinaus an dem europäischen Städtenetzwerk CLIP (Cities for Local Integration Policy) beteiligt: Seit Anfang 2006 werden 30 europäische Städte mit Blickpunkt auf kommunale Integrationspolitik vernetzt und deren Erfahrungsaustausch wissenschaftlich begleitet. Ziele sind die Sammlung und Analyse innovativer Strategien und erfolgreicher Umsetzungsbemühungen auf kommunaler Ebene, sowie die Unterstützung des Erfahrungsaustausches zwischen den Städten und Förderung eines Lernprozesses im Städtenetzwerk (Benchmarking und Peer-Review). Als methodische Grundlage dienen Fallstudien, die in Zusammenarbeit zwischen den Städten und dem wissenschaftlichen Beirat bereitgestellt werden. Ein jährlicher Aktivitätsbericht stellt summarisch die Arbeit und Ergebnisse des Netzwerkes vor. Erste Themen, an denen schon gearbeitet wird, befassen sich mit „Wohnraum für Migranten“ (Housing) und „Städtische Diversitätspolitik“. Durch die Reichweite des Netzwerkes ist es möglich, europaweit die Strategien für ein Integrationsmonitoring zu vergleichen.

Frau Nagel bietet dem Praxisnetzwerk an, Informationen, die aus den Netzwerken resultieren, der Schader-Stiftung zur internen Verteilung zukommen zu lassen.

Außerdem evaluiert das efms der Universität Bamberg im Auftrag der Stadt wie schon 2001 kommunale Integrationsprozesse, so dass zeitliche Vergleiche möglich werden. Das Modellprojekt „mitSprache“, das in Kooperation mit dem hessischen Kultusministerium durchgeführt wurde, wird ebenso im Hinblick auf dessen Wirkungskraft evaluiert. Das Projekt befasste sich mit der sprachlichen und soziokulturellen Integration von zugewanderten Schülerinnen und Schülern und deren Eltern.

## 2. Nürnberg

**Dr. Henning Schirner** stellte das Konzept des Integrationsmonitorings der Stadt Nürnberg vor. In Nürnberg gibt es eine Arbeitsgruppe aus Vertretern des Amtes für Stadtforschung und Statistik und einiger anderer Dienststellen, die Interesse an der Nutzung eines Monitoring-systems haben. Für die unkomplizierte Kommunikation innerhalb der AG wurde im Intranet eine gemeinsame Plattform entwickelt, die u.a. ein Diskussionsforum enthält. Das Monitoring hat seinen Platz in einem ganzheitlichen, kommunalen Integrationsprogramm. Es soll einerseits zeitnah aufzeigen, wo sich aktuelle und zukünftige Problembereiche befinden und zusätzlich Erfolge bisheriger Integrationsmaßnahmen sichtbar machen. Die erforderlichen Daten sollen nicht mehr je nach Anforderung im mehrjährigen Zyklus geliefert werden. Stattdessen soll eine kontinuierliche Datenbasis geschaffen werden, die verwaltungsintern zur Verfügung steht (Hol- statt Bringsystem). Die Informationen können im Intranet in Form von Rohdaten bis hin zu individuell zusammengestellten Tabellen, Diagrammen oder Gebietsgrafiken aufgerufen werden. Diese sind auch in ihrem Raum- und Zeitbezug zu differenzieren. Eine auch im Intranet zugängliche Dokumentation gibt Aufschluss über Definitionen der Variablen und die Berechnungsweise der Indikatoren.

Die Indikatoren teilen sich in 3 Teilbereiche (Basis-Monitore) auf, die Daten zur Infrastruktur (z.B.: Versorgungsgrad mit Kindergartenplätzen; Ärzte je 1000 Einwohner), zur Lebenslage (z.B.: Anteil einzelner Altersgruppen nach deutsch/ausl./deutsch mit Migrationshintergrund; Armuts-/Reichenquote) und zum Stadtteil/Sozialraum (z.B.: Seniorenquote; Ausländer-/Migrantanteil) beinhalten.

Die Daten für das Monitoring speisen sich einmal aus den gängigen Registern, aus den Arbeitsmarktstatistiken sowie aus den jährlichen, repräsentativen Bürgerbefragungen unter 10.000 Einwohnern, bei denen auch „weiche“ Daten erhoben werden. Grundlage ist eine Sozialraumanalyse aus den Jahren 2002/2003. Die Daten können für verschiedene Politikbereiche ausgewertet werden. Nürnberg erstellt: Bildungsmonitoring, Armutsberichterstattung, Wohnungsmarktbeobachtung und Integrationsmonitoring.

Der aktuelle Stand des Monitoring-Systems wurde mit 2-3 Mitarbeitern innerhalb eines halben Jahres realisiert und ist dank der Verwendung eines preiswerten Statistik-Programms relativ kostengünstig. Um der Gefahr zu begegnen, mit der Fülle an Daten politische Entscheidungsprozesse zu lähmen, werden die Daten vor der Weitergabe themenspezifisch aufbereitet. Eingebettet in das Basis-Monitoring der Stadt Nürnberg, wird das System dynamisch weiterentwickelt.

Nürnberg ist federführend am KOSIS-Verbund, ein Verbund der Städtestatistiker, der einen regelmäßigen Austausch und gemeinsame Projekte organisiert, und an dem Informations-

netzwerk DUVA beteiligt. Diese Vernetzung ermöglicht eine Professionalisierung der kommunalen Statistik.

Herr Dr. Schirner wird dem Praxis-Netzwerk detailliertere Informationen über die Systematik des Netzwerks zur Verfügung stellen (s. Intranet).

### **TOP 3 – Bestimmung der Indikatoren und deren Aussagekraft**

1. **Uschi Sorg** stellte das Gutachten „Menschen mit Migrationshintergrund – Datenerfassung für die Integrationsberichterstattung“ vor, die von Heike Diefenbach und Anja Weiß (beide Institut für Soziologie, LMU München) im Auftrag des Statistischen Amtes und der Stelle für interkulturelle Arbeit München erstellt wurde.

Ausgangspunkt war die Frage, wer derzeit als „Mensch mit Migrationshintergrund“ erfasst wird und welche Folgen dies für die Integrationsberichterstattung hat. Migrationserfahrungen beeinflussen den Lebensverlauf und -chancen der betroffenen Personen. Aber auch Menschen, die keine eigene Migrationserfahrung mehr haben, können durch intergenerationale Integrationsprozesse beeinflusst werden. Die subjektive Perspektive der Betroffenen wird dabei wenig beachtet, gibt aber in Abfragen der Selbst- und Fremdzuschreibung differenziertere Aufschluss über spezifische Problemlagen (z.B. Minderheiten-Diskriminierungen) bestimmter Teilgruppen.

Weitere häufig benutzte Definitionen für die Zielgruppe der Integrationsberichterstattung wurden hinsichtlich ihrer praktischen Auswirkungen analysiert. Für die Kategorie „Nationalität und ethnische Gruppe“ liegt die beste Datengrundlage vor, jedoch wird damit eine Homogenität erzeugt, die in der Praxis nicht existiert. Die Kategorie „Sprachkenntnisse“ gibt zwar Aufschluss über den individuellen Förderbedarf, reduziert aber die Migrationsgeschichte auf sprachliche Aspekte. Sprachlich unauffällige Personen werden nicht erkannt. Die Herausforderung für die Zukunft wird sein, die positiven Aspekte dieser unterschiedlichen Definitionen zu kombinieren, aber auch neue zu entwickeln, damit eine Vergleichbarkeit in Raum und Zeit erreicht wird. Es muss darauf geachtet werden, dass die Einordnungen der Personen sich nicht zu Stigmata entwickeln.

Abschließend legt das Gutachten Vorschläge für die Erfassung von Menschen mit Migrationshintergrund vor. Der Grundtenor ist, dass es keine allgemeinen Antworten geben kann und unterschiedliche Definitionen für unterschiedliche Fragestellungen erarbeitet werden müssen. Die Definition „Geburtsort im Ausland“ bietet sich allgemein an, da die Daten meist schon vorliegen, diese international vergleichbar sind und die Betroffenen nicht stigmatisieren (s. auch Folien des Vortrages im Intranet).

2. Anschließend referierte **Dr. Andreas Kapphan**, Mitarbeiter im Stab der Bundesintegrationsbeauftragten, über „Möglichkeiten und Grenzen der Indikatorenbildung“. Wichtigster Grund zur Einführung eines Integrationsmonitoring ist die positive Beeinflussung politischer Entscheidungsfindung durch eine solide Datengrundlage. So kann die Diskussion versachlicht und die Integrationserfolge sichtbar gemacht werden. Der oft beklagte Datenmangel lässt sich nicht immer beheben, da enorme Kosten der Erhebung und Auswertung sowie Probleme des Datenschutzes dies verhindern. Auch die erstmalige Erfassung des Migra-

tionshintergrundes im Mikrozensus ist weniger valide, als es durch die öffentliche Aufnahme scheint. Vergleiche mit den Einzelerhebungen von Städten ergaben große Unterschiede zu den Ergebnissen des Mikrozensus.

Empfehlenswert für die Entwicklung von Indikatoren ist deren Aussage- und praktische Wirkungskraft. So sind wenige, aussagekräftige Indikatoren leichter in politische Diskussionen einzubringen und werden so auch eher von der Politik als Instrument unterstützt und verwendet.

Zusätzlich zu der Erfassung des Integrationsstandes der Minderheitsbevölkerung sollte auch die Integrationsfähigkeit der Mehrheitsbevölkerung gemessen werden, um so zu verdeutlichen, dass jede Integrationspolitik auch Modernisierungspolitik bedeutet.

Mit den Daten eines Monitoring kann die Politik sich konkrete, quantifizierbare Ziele vornehmen, an denen sich die Politik auch „messen“ lassen kann (Bsp.: Politisch gewollter Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund im Kindergarten).

Die Anstrengungen der Länder richten sich vor allem auf den europaweiten Zensus 2010/11. Diesbezüglich wird diskutiert, ob der Migrationshintergrund erhoben werden soll.

3. Abschließend wurde das **Verhalten der Politik** gegenüber dem Integrationsmonitoring diskutiert. Die Einrichtung eines Monitoringsystems müsse von einem positiven politischen Willen begleitet werden, da die Erkenntnisse, die aus dem System gewonnen werden, auch leicht den politischen Positionen zuwiderlaufen. Andererseits könne immer noch beobachtet werden, wie Politik entgegen wissenschaftlichen Erkenntnissen betrieben wird.

Durch die **Pluralisierung der Lebensstile** entziehen sich die Menschen immer mehr den sozialwissenschaftlichen Kategorien und somit der Erfassung durch ein Monitoring. Daher sollten die Indikatoren, die im Monitoring erhoben werden, möglichst allgemein gehalten werden, um so durch flexiblen Ausbau des Systems zeitnah auf Fragen reagieren zu können.

In Bezug auf die Indikatorenbildung solle man sich grundsätzlich die Frage stellen, wie wir uns eigentlich eine integrierte Gesellschaft vorstellen, und welche Qualitäten sich dahingehend operationalisieren lassen könnten (Bsp.: bi-nationale Ehen, Wohneigentumsbildung und Existenzgründungen von Migranten).

Zum Schluss wurde noch einmal auf die **Wanderausstellung** zum Zuwanderer-Projekt aufmerksam gemacht und das Angebot seitens der Schader-Stiftung erneuert, bei Interesse die Finanzierung des lokal spezifischen Ausstellungskonzepts inklusive Aufbauhilfe zu übernehmen, so dass die Städte nur noch die Transportkosten zu finanzieren haben.



Projektleiter: C. Kulenkampff



Protokoll: Fabian Kraus

(u. Gudrun Kirchhoff)

Darmstadt, den 05.04.2007